

Rathausreport

Alternatives Amtsblatt der
Fraktion Die Linke Potsdam

Bürgerhaushalt 2027/28: Diese drei Vorschläge verdienen unsere Stimme



Der Potsdamer Bürgerhaushalt ist angelaufen und wieder haben alle Potsdamer:innen die Chance, mit ihren fünf Sternen mitzubestimmen, welche Themen im nächsten Doppelhaushalt priorisiert werden. Bis zum 08. November könnt ihr unter mitgestalten.potsdam.de aus 40 Vorschlägen wählen.

So funktioniert's: Ihr könnt in zwei Kategorien jeweils fünf Sterne vergeben. Wie ihr sie verteilt, ist euch überlassen. Ihr könnt alle fünf auf einen einzigen Vorschlag setzen, der euch besonders wichtig ist, oder je einen Stern an fünf verschie-

dene Vorschläge geben.

Aus linker Perspektive stehen drei Vorschläge besonders hervor:

Platz 3: Preise für Busse und Bahnen senken (Vorschlag 8) Mobilität darf kein Luxus sein. Günstigere Ticketpreise entlasten vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen, fördern den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV und sind damit ein Beitrag zum sozialverträglichen Klimaschutz.

Platz 2: Miet-Monitor einführen (Vorschlag 9) Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Stadt. Ein städtischer Miet-Monitor schafft Transparenz über die tatsächliche Mietentwicklung.

Das ist eine wichtige Grundlage, um Mietwucher sichtbar zu machen und politischen Druck für einen wirksamen Mietendeckel und mehr sozialen Wohnungsbau aufzubauen. Wissen ist Macht, gerade gegenüber Vermietern und der Miet-Mafia.

Platz 1: Zweitwohnungssteuer erhöhen (Vorschlag 30) Potsdam wächst, der Wohnraum bleibt knapp und wird durch Zweitwohnungen zusätzlich verknappt. Wer sich eine Wohnung leisten kann, die nur gelegentlich genutzt wird, kann auch einen höheren Beitrag zur Stadtkasse leisten. Die Mehreinnahmen kommen der Allgemeinheit zugute, während Spekulation mit leerstehendem Wohnraum unattraktiver wird.

Nehmt euch fünf Minuten, ruft mitgestalten.potsdam.de auf und vergebt eure Sterne, bis zum 08. November. Sprecht mit Nachbar:innen, Kolleg:innen und Freund:innen und leitet ihnen den Link weiter. Je mehr Menschen mitmachen, desto schwerer lassen sich die Anliegen der Stadtgesellschaft im Haushalt ignorieren. Der Haushalt gehört uns allen.

Mischt euch ein für ein soziales, bezahlbares und klimagerechtes Potsdam!



Tobias Woelki
Stadtverordneter

Umweltbeigeordneter bei Klimaleugnern?

→ Abwahl gefordert

Neuer Ärger um Bernd Rubelt: Potsdams Bau- und Umweltbeigeordneter besuchte eine Veranstaltung, auf der der menschengemachte Klimawandel bestritten und gegen Windkraft Stimmung gemacht wurde. Und Rubelt? Klatschte laut Medienberichten Beifall.

Ausgerechnet der Mann, der in Potsdam für Klimaschutz und den Ausbau erneuerbarer Energien zuständig ist. Rubelt behauptet, er sei privat dort gewesen und habe sich die Positionen lediglich an-

hören wollen. Doch eine klare Distanzierung von den dort verbreiteten Thesen blieb aus.

Für die Linke ist das zu viel. „Rubelt irrlüchtet erneut durch Potsdam“, erklärte Co-Fraktionschefin Tina Lange. Schon vor einem Jahr hatte ein Veranstaltungsbesuch Rubelts für Kontroversen gesorgt. Bei einer Veranstaltung, die der Verein von Rubelts Frau organisierte, traten Autoren auf, die dem Umfeld der Neuen Rechten zugerechnet werden. Bis heute unklar: Welche Rolle spielt Rubelt selbst in dem Verein? Jetzt geht es um seinen Job:



27 Stadtverordnete und Oberbürgermeisterin Noosha Aubel haben den Antrag auf Rubelts Abwahl eingebracht. Für die tatsächliche Abwahl braucht es 38 Stimmen.

Klar ist: Es geht längst nicht mehr nur um einen Abend. Es geht um die Frage, ob ein kom-

munaler Wahlbeamter glaubwürdig für die politischen Ziele der Stadt stehen kann, wenn er Veranstaltungen besucht und beklatscht, auf denen genau diese Ziele angegriffen werden.

Schieflage beim Ernst von Bergmann Klinikum



→ Maximale Transparenz statt Salamiaktik

Beim städtischen Ernst-von-Bergmann-Klinikum droht

2027 ein Defizit von bis zu 30 Millionen Euro. Noch im Sommer stellte die Geschäftsführung eine deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Aussicht. Die schwarze Null

für 2027 sei nicht unrealistisch, hieß es. Das ist mehr als eine schlechte Nachricht für das Klinikum. Seit Jahren hat die Stadt massiv Geld zugesprochen. Eigentlich sollte 2026 das letzte Jahr der städtischen Unterstützung sein. Angesichts der städtischen Haushaltslage ist völlig offen, woher weiteres Geld kommen soll. Besonders schwer wiegt: Die Risiken waren offenbar bekannt. Über Jahre wurde ein erheblicher Investitionsstau bei der IT aufgebaut. Die Stadtverordneten wurden darüber jedoch nicht informiert. Stattdessen verkündete die Geschäftsführung im Hauptausschuss im Juni eine erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung.

Das wirft Fragen auf, die beantwortet werden müssen. Seit wann wussten Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Stadtspitze von den Problemen? Warum wurden die Stadtverordneten nicht informiert? Und

wie konnte es überhaupt zu diesem Investitionsstau kommen?

Die Linke fordert deshalb gnadenlose Aufklärung und maximale Transparenz. Oberbürgermeisterin Noosha Aubel, Kämmerer Burkhard Exner und Gesundheitsbeigeordnete Brigitte Meier müssen erklären, was sie wann wussten und welche Konsequenzen sie gezogen haben. Schluss sein muss mit einer Salamiaktik, bei der die Öffentlichkeit immer erst informiert wird, wenn die nächste Krise bereits eingetreten ist.



Konstantin Gräfe
Fraktionsvorsitzender

beraten – beschlossen – überwiesen

Verkehrsdaten zur Medienstadt Babelsberg: Die Linke fordert endlich aktuelle Zahlen

Die Stadtverordnetenversammlung hat auf Antrag der Fraktion Die Linke beschlossen: Die Oberbürgermeisterin muss prüfen und sicherstellen, dass die Verkehrsdaten für den Bebauungsplan 119 „Medienstadt Babelsberg“ sachgerecht und aktuell sind. Einen Bericht hierzu soll es noch im vierten Quartal 2026 im Ausschuss für Klima,

Umwelt und Mobilität (KUM) geben. Der Grund für den Vorstoß: Das Verkehrsgutachten zum B-Plan 119 basiert auf Zählungen aus den Jahren 2018 und 2019. Die Grundlage sind Daten, die mittlerweile deutlich aus der Zeit gefallen sind. Seither sind im Quartier neue Hotels, eine Kita und zahlreiche Wohngebäude für hunderte Mieter*innen entstanden, dazu



Gewerbeimmobilien mit hunderten neuen Arbeitsplätzen. Auch das Mobilitätsverhalten der Menschen hat sich, nicht zuletzt durch Corona, seitdem verändert. Ein Verkehrsgutachten von vor der Pandemie über ein Quartier, das es in dieser Form nicht mehr gibt, taugt schlicht nicht als Grundlage für eine rechtssichere Planung. Verkehrsdaten sind keine Fußnote im Bebauungsplanverfahren, sondern seine Grundlage: Sie entscheiden, wie viel Kfz-

Verkehr, ÖPNV-Bedarf und Parkdruck ein Bauvorhaben tatsächlich erzeugt. Wer hier mit veralteten Zahlen plant, riskiert eine Abwägung, die an der Realität vorbeigeht. Und das in einem Quartier, das schon heute an seine verkehrstechnischen Grenzen stößt. Die Linke macht mit ihrem Antrag deutlich: Wer Babelsberg neu bebaut, muss auch wissen, wie Babelsberg heute tatsächlich unterwegs ist.

Gleichstellung ist kein Selbst- läufer

Auch nicht in Potsdams Unternehmen

Auf Initiative der Linken soll die Stadtverordnetenversammlung Potsdam einen Antrag beschließen, der die kommunalen Unternehmen der Landeshauptstadt (LHP) stärker in die Pflicht nimmt: Sie sollen verbindliche Ansprechpersonen für Gleichstellung benennen und eigene Konzepte samt Maßnahmenkatalog erarbeiten, um die Gleichstellung von Frauen und Männern in ihren Betrieben voranzutreiben. Bevorzugt sind hierfür hauptamtliche Gleichstel-

lungspersonen zu etablieren. Der Hintergrund des Antrags ist ernüchternd: Obwohl die Gleichstellung der Geschlechter seit nunmehr Jahrzehnten als Staatsziel in Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes verankert ist, bestehen strukturelle Benachteiligungen von Frauen bis heute fort – bei Entgelten, Aufstiegschancen, Arbeitszeitmodellen und in Führungsetagen. Auch der Deutsche Städtetag hat dies erst im September 2025 in einem Präsidiumsbeschluss ausdrücklich bestätigt. Was in der öffentlichen Verwal-

tung längst Standard ist, fehlt in vielen kommunalen Unternehmen bislang: eine Stelle, die sich systematisch und mit Rückhalt um Gleichstellung kümmert. Gleichstellungsbeauftragte sind dabei weit mehr als eine symbolische Benennung. Sie schaffen verbindliche Ansprechpersonen für Diskriminierungserfahrungen, wirken bei Einstellungsverfahren mit und sorgen dafür, dass Gleichstellung nicht dem Zufall oder dem guten Willen Einzelner überlassen bleibt, sondern strukturell verankert wird. Genau das sieht der nun beschlossene Antrag vor: Konzepte, die den Frauenanteil im Unternehmen erfassen, den Ist-Stand zu struktureller Ungleichheit analysieren und konkrete Maßnahmen sowie Kontrollinstrumente benennen – entwickelt in einem partizipativen Prozess, an dem mindestens der Personalrat beteiligt wird. Rechtlich betritt Potsdam damit

bewusst Neuland: Eine gesetzliche Pflicht zur Benennung von Gleichstellungsbeauftragten in privatrechtlich organisierten kommunalen Unternehmen existiert in Brandenburg nicht. Anders als bei Landesbeteiligungen, wo das Landesgleichstellungsgesetz entsprechende Vorgaben macht. Der Beschluss schließt diese Lücke und macht deutlich: Kommunale Unternehmen erfüllen mit ihrem Satzungszweck Daseinsvorsorge für die Potsdamerinnen und Potsdamer – und dazu gehört auch, Gleichstellung nicht nur nach außen, sondern auch nach innen ernst zu nehmen.

Bis Ende 2027 sollen die Ergebnisse der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden. Damit bekommt Potsdam einen konkreten Zeitplan, um aus dem politischen Willen verbindliche Strukturen zu machen.

Ein Jahr Aubel - Kompromisse ohne Kompass

Kommentiert von Tobias Woelki



Bald ein Jahr ist Noosha Aubel nun Oberbürgermeisterin. Zeit für eine linke Bilanz. Ihr Anspruch, „überparteilich“ und mit wechselnden Mehrheiten zu regieren, entpuppt sich zunehmend als Politik ohne verlässliche Haltung und ohne die Fähigkeit, eigene Mehrheiten zu organisieren. Die Arbeit, ihre Vorhaben überhaupt durch die SVV zu bringen, überlässt sie regelmäßig ihren beiden Verwaltungsfractionen Bündnis90/Die Grünen/Volt und Die Andere. Beim Rechenzentrum verhandelte Aubel monatelang einen „Kompromiss“, der im Kern doch den Abriss des Kreativhauses ab 2033 festschreibt. Und das auf Kosten der Menschen, die sie im Wahlkampf noch gestützt haben. Bei der Wasserversorgung trieb sie zunächst eine weitere Privatisierung voran und fand sich damit im Lager von CDU und AfD wieder, ehe eine progressive Mehrheit sie zur Kehrtwende zwang und die Rekommunalisierung durchsetzte. Die Räumung der besetzten Tornowstraße 40 ordnete Aubel an, nachdem sie den Aktivist:innen zuvor das Gegenteil zugesagt hatte. Ein Wortbruch, der neue Maßstäbe setzt, wie wenig

man auf ihr Wort geben kann. Sozialpolitisch zeigt sie ein hartes Profil: Nur eine linke Mehrheit verhinderte knapp, dass sie den Preisdeckel fürs Schulessen kassierte, gleichzeitig hat sie mit Stimmen der CDU die ökologischen Baustandards abgesenkt und die Holzbauinitiative eingestampft. Beim Skandal im Jugendamt brauchte es erst den geschlossenen Druck der SVV für eine externe Prüfung, weil Aubel mit Verweis auf die Aktenlage den betroffenen Müttern ihr Leid absprach. Während Aubels Rede verließ eine betroffene Mutter unter Tränen den Saal. Auch beim rechtsoffenen Auftreten von Baubeigeordnetem Rubelt reichte Aubel lange eine bloße Ermahnung. Ihr Plädoyer für eine Abwahl kommt zu spät. Diese Liste ließe sich noch lange fortführen – kein Rückhalt für kommunale Tarifkämpfer:innen, der weitere Ausverkauf der Stadt an sogenannte Mäzene, harte Worte und Haushaltskürzungen, usw. Ein Jahr Aubel zeigt: Hinter der Fassade der Überparteilichkeit verbirgt sich ein knallharter neoliberaler Kurs. Sparen bei Kindern, Klima und Wohnraum, kuschen vor Investoren und Stiftungen.

Potsdam verhängt Haushaltssperre

Potsdam hat zum 1. Oktober eine sofortige Haushaltssperre verhängt. Das liegt an einem Fehlbetrag von 45,55 Millionen Euro im Jahresabschluss 2024, sinkenden Liquiditätsreserven und erwarteten Problemen, den Haushalt 2028 auszugleichen.

Eine Haushaltssperre ist so etwas wie eine finanzielle Notbremse einer Kommune oder eines Landkreises. Neue oder nicht zwingend notwendige

Ausgabe dürfen fortan zunächst nicht getätigt werden. Andere Landkreise in Brandenburg haben ebenfalls die Notbremse gezogen und eine Haushaltssperre verhängt – zuletzt Potsdam-Mittelmark und das Havelland. Politik und Verwaltung müssen nun Sparmaßnahmen beraten; zugleich wurde der mögliche Kassenkreditrahmen bereits von 60 auf 150 Millionen Euro erhöht, um drohende Liquiditätsengpässe zu überbrücken.

TERMINE STADTFRAKTION FÜR OKTOBER UND NOVEMBER

Tina Lange und Konstantin Gräfe
Fraktionsvorsitzende

Ida Karlotta Wiesigstrauch
Fraktionsgeschäftsführung

Fraktionssitzungen, jeweils 18:00 Uhr, parteiöffentlich
Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3, 14469 Potsdam

12.10.; 19.10. – entfällt wegen der Herbstferien
26.10. – entfällt wegen der Herbstferien; 02.11.; 09.11.; 16.11.;
23.11.; 30.11.

Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung: 02.11.2026,
15:00 Uhr, Havelsaal, IHK Potsdam, Breite Straße 2 A-C sowie
02.12.2026, 15:00 Uhr, Havelsaal, IHK Potsdam, Breite Straße
2 A-C

IMPRESSUM

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
Fraktion Die Linke;
Friedrich-Ebert-Straße 79/81;
14469 Potsdam

E-Mail: DieLinke@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 48
Fax: 0331/289 31 19
Druck: Nordostdruck
V.i.S.d.P. Konstantin Gräfe